

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

3. JAHRGANG

Dezember 1952

HEFT 12

Helmut Wickel

DER GEWERKSCHAFTLICHE AUFTRAG

Gerade im Hinblick auf die weiteren Etappen des Kampfes um die Mitbestimmung ist eine inner- und außergewerkschaftliche Diskussion über das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat zur Klärung der Situation zu begrüßen. Fruchtbar kann eine solche Diskussion aber nur sein, wenn sie wirklichkeitsnah ist. Simplifizierte Staatsmodelle und ebenso simplifizierte Gewerkschaftsmodelle, wie *Theo Pirker* sie in der Oktobernummer ¹⁾ entworfen hat, können kaum der Klärung des sehr komplexen Problemkreises dienen.

Der Staatsapparat könne, meint Pirker, in seiner gegenwärtigen Gestalt die immer größere Fülle der Aufgaben nicht mehr bewältigen und wirke daher als besonderer Störungsfaktor. Das Problem könne nur durch eine fortschreitende Demokratisierung und Verwissenschaftlichung der politischen Praxis gelöst werden, also durch Ausdehnung der Selbstverwaltung, durch fortschreitende Demokratisierung von Wirtschaft und Erziehung sowie durch eine umfassende politische Planung. Dies bedinge eine Umgestaltung der politischen Verfassung. Keine Partei, keine Koalition, kein öffentlicher Verband könne diese Aufgabe allein leisten. Wohl aber könne eine Organisation die Initiative übernehmen, und es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß diese Initiativaufgabe der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung zugefallen sei. „Es ist leichter“, schreibt Pirker, „sich auf traditionelle Gewerkschaftsfragen zu beschränken... Die deutschen Gewerkschaften haben durch ihre Forderung nach ‚Mitbestimmung‘, durch ihre Forderungen nach ‚Planung‘ den Weg zu einer neuen politischen Ordnung beschritten. War es ihnen unklar, daß sie damit eine Verfassungsfrage von weitgehender Bedeutung und mit weitgehenden Folgen gestellt haben, daß ihr Kampf ein Kampf um eine neue Verfassung der Gesellschaft ist? Wer sich auf diesen Weg begeben hat, muß weitergehen, muß weiterkämpfen oder kapitulieren.“

In diesen apodiktischen Sätzen Pirkers liegt eine Auffassung von den Aufgaben und dem Wesen der Gewerkschaften, die, zumindest in dieser Form, mit der gewerkschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise übereinstimmt. Man kann nicht zu fruchtbaren Ergebnissen kommen, wenn man nach einer — nebenbei bemerkt: keineswegs überzeugenden — Analyse des Staats und seiner Verfassung die Notwendigkeit einer Änderung postuliert und dann einfach der größten unter den bestehenden sozialen Interessenvertretungen die Initiative zuschiebt, Änderungen in Staat und Gesellschaft herbeizuführen, die zum Teil aus ganz anderen als rein gewerkschaftlichen Erwägungen heraus für notwendig gehalten

¹⁾ Theo Pirker „Staatsautorität und pluralistische Ordnung“, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 10/1952 Seite 577 ff.

werden. Zweifellos streben die Gewerkschaften nach Änderungen in Staat und Gesellschaft; sie haben das vom Anfang ihrer Existenz an getan und auch fortlaufend Veränderungen bewirkt, die, überschaut man einen etwas längeren Zeitraum als nur die letzten fünf Jahre, so tiefgreifend sind, daß durchaus von fortschreitender Demokratisierung, Ausbau der Selbstverwaltung und auch zunehmender Planung gesprochen werden muß. Aber auch andere Gruppen und Organisationen entwickelten und entwickeln Initiativen, die auf Änderungen in Staat und Gesellschaft abzielen.

Tatsächlich vollzieht sich die Veränderung der politischen Praxis und die Umgestaltung der politischen Verfassung seit der Jahrhundertwende in einem zeitweilig atemberaubenden Tempo und unter so dramatischen Formen, daß man sich nur wundern kann, wieso dieser Vorgang der Aufmerksamkeit Pirkers entgehen konnte. Die Träger der Initiative in diesem Umwälzungsprozeß wechselten. Zeitweilig lag die Initiative bei den Gewerkschaften, zeitweilig bei den politischen Organisationen der Arbeiterklasse, zeitweilig beim Unternehmertum, bei der Armee, bei der staatlichen Bürokratie, bei der Landwirtschaft, bei den in ihrer Existenz bedrohten Mittelschichten und den Bankrotteuren aller sozialen Schichten — kurz, es war ein so verworrenes Gegeneinander- und Zusammenspiel wechselnder Initiativen, daß die Sozialwissenschaften noch nicht die Zeit gefunden haben, die Vorgänge, die auf jeden Fall zunächst einmal u. a. die Gründung unserer Bundesrepublik zum Ergebnis hatten, in ihrer Gesamtheit zu verstehen und zu erklären. Niemand in Deutschland, niemand in der Welt nimmt das Ergebnis „Bundesrepublik“ als das letzte Wort des Weltgeistes. Diese Bundesrepublik ist vielmehr einem sehr sichtbaren und schnellen Prozeß der Veränderungen unterworfen, wobei wiederum sehr viele Initiativen mit- und gegeneinander wirksam sind. Darunter auch die der Gewerkschaften.

Es ist eine irrealer Vorstellung, daß die Gewerkschaften „die“ Initiative willkürlich ergreifen könnten. Pirker verrät uns nicht, wie das geschehen soll. Es war den Gewerkschaften keineswegs unklar, daß sie mit der Forderung auf Mitbestimmung eine „Verfassungsfrage“ von weitgehender Bedeutung gestellt haben, eine Verfassungsfrage im Sinne der Veränderung der gesellschaftlichen Struktur durch die Erringung der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Der Bundeskongreß in Berlin hat gezeigt, daß zwar die Unzufriedenheit mit der angewandten Taktik allgemein war, zugleich aber auch, daß durchaus keine einheitliche Auffassung darüber bestand, wo und wann die entscheidenden Fehler gemacht wurden. Lagen sie darin, daß man nicht B gesagt hat, nachdem einmal A gesagt worden war? Oder war schon das A falsch, so daß es selbstmörderischer Unsinn gewesen wäre, eigensinnig darauf zu bestehen, in der als falsch erkannten Richtung weiterzumarschieren?

Es kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Frage zu beantworten. An dem Beispiel soll nur klargestellt sein, daß es nicht möglich ist, eine Aktion wie den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz isoliert von der allgemeinen Situation und von der gesamten Zielsetzung und Strategie der Gewerkschaften zu beurteilen. Es war nicht dieser oder jener Fehler, über den *Christian Fette* in Berlin gestürzt ist, sondern der Mangel einer durchgehenden gewerkschaftspolitischen Linie von innerer Konsequenz. Wenn man die Ursachen des Rückschlages der Gewerkschaften im Kampf um die betriebliche Mitbestimmung finden will, muß man sie in der Gesamtstrategie der Gewerkschaften suchen. Der Kampf um die Mitbestimmung ist weder der Beginn noch das Ende, sondern nur eine Etappe des gewerkschaftlichen Weges. Als die ersten Gewerkschaften in Deutschland sich bildeten, verspottete *Ferdinand*

Lassalle die „vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen“. Mit der von *Lassalle* verspotteten Zielsetzung, den Warencharakter der Arbeitskraft aufzuheben und den Menschen als Träger der Arbeitskraft aus den marktmäßigen Zusammenhängen mehr und mehr herauszulösen, beschriften die Gewerkschaften in Wahrheit jedoch bereits den Weg zu einer neuen politischen Ordnung — und nicht erst neuerdings, wie *Pirker* annimmt, mit der Forderung nach Mitbestimmung. Nimmt man das Mitbestimmungsprogramm aus der allgemeinen Zielsetzung der Gewerkschaften heraus, betrachtet man es als im Gegensatz zu den „traditionellen Gewerkschaftsfragen“ stehend, dann gibt man denen recht, die behaupten, die Gewerkschaften seien von ihrem eigentlichen Wege abgewichen und stellten Machtansprüche, zu denen sie nicht legitimiert seien.

In Wahrheit führt jedoch eine gerade Linie von dem Kampf der Arbeiter um das Koalitionsrecht — eine Etappe, durch die die Gewerkschaftsbewegung aller Länder zu gehen hatte — zum Tarifwesen und vom Tarifwesen zur Forderung nach Mitbestimmung. Daß die deutschen Gewerkschaften mit dieser letzteren Forderung der Gewerkschaftsbewegung der anderen Länder voraus-eilen und dort zum Teil noch nicht richtig verstanden werden, hat mit der besonderen Entwicklung und den besonderen Erfahrungen der deutschen Bewegung in den vergangenen drei Jahrzehnten zu tun. Ist jedoch die Ansicht richtig, daß die Mitbestimmungsforderung sich zwangsläufig aus der bisherigen gewerkschaftlichen Zielsetzung ergibt, dann wird sie auch in dieser oder jener Form, früher oder später, von den Gewerkschaften der anderen Länder aufgegriffen werden.

Für unsere Fragestellung bedeutet das, daß im Gegensatz zu *Pirker*s Behauptung gerade das beharrliche Weiterschreiten auf dem traditionellen Aufgabengebiet den Gewerkschaften die Initiative am ehesten wieder zuspielden wird und die Situation heranreifen läßt, in der die Lösung der Mitbestimmungsfrage schließlich erreichbar wird, weil sie sich nämlich dann zwingend aus der Situation heraus ergeben wird. Nur so vollziehen sich dauerhafte *demokratische* gesellschaftliche Veränderungen, nur so kann auch eine entsprechende Umgestaltung der politischen Verfassung im Sinne einer fortschreitenden Demokratisierung gelingen. Das Feld traditioneller Gewerkschaftsfragen ist schon heute außerordentlich weit und erweitert sich täglich. Falls eine Kritik an der gewerkschaftlichen Strategie der letzten Jahre notwendig ist, müßte sie bei der Feststellung ansetzen, daß die Möglichkeiten der traditionellen gewerkschaftlichen Aufgabenstellung und der sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht voll erkannt und ausgenützt worden sind. In der Ausweitung dieser Möglichkeiten liegt der Ansatzpunkt zur Umformung der Gesellschaft und des Staates, die notwendig ist, wenn das Ziel der vollen, nicht nur formalrechtlichen Emanzipation der Arbeitnehmer erreicht werden soll.

Auf der andern Seite liegt in dem Festhalten an dem Prinzip, jeden Schritt und jede neue Forderung daraufhin zu prüfen, ob sie mit dem gewerkschaftlichen Auftrag der Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft im Einklang stehen, die einzige Garantie gegen die Gefahr, daß die Gewerkschaften sich durch totalitäre Kräfte mißbrauchen lassen. Nicht, weil sie ein „öffentlicher Verband“ wären, stellen die Gewerkschaften ihren Anspruch auf Mitbestimmung, sondern weil sie die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft sind gegenüber dem Kapital — sei es in privater oder öffentlicher Hand — ebenso wie gegenüber dem Staat.